

Warum Einwendung erheben?

Zum beantragten Abriss des AKW Krümmel muss vor der Genehmigung durch die Behörde eine Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt werden. Dazu werden die Antragsunterlagen zeitlich befristet ausgelegt. Bis zum **24.09.2018** besteht die Möglichkeit, Einwendungen gegen die Pläne von Vattenfall beim Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung Schleswig-Holstein, Adolf-Westphal-Str. 4, 24143 Kiel zu erheben.

Wir fordern dazu auf, mit der Einwendung ein politisches Zeichen zu setzen. Alle, die das machen, können auch an dem Erörterungstermin zu diesen Einwendungen mit Rederecht teilnehmen und haben später das Recht, gegen die Genehmigung zu klagen. Wer nicht einwendet, verliert damit auch sein Klagerecht.

Die radioaktive Gefahr bleibt auch nach dem Abschalten bestehen!

Nachdem die Energieversorger über Jahrzehnte viel Geld mit dem Atomstrom verdient haben, stehen nun mit dem Rückbau der AKW und der Lagerung des Atom Mülls die Kosten des nuklearen Wahnsinns an. Mit der Bildung des Entsorgungsfonds haben sich Bunderegierung und Betreiber auf ein wirtschaftsfreundliches Finanzierungsmodell geeinigt – Gewinne privatisieren, Kosten und Risiken vergesellschaften.

Sobald die AKWe abgerissen sind und der Atom Müll verpackt in den Hallen an den Rückbaustandorten steht, sind Vattenfall und Co. aus dem Schneider, ab jetzt muss der Staat zahlen; zunächst aus den Fondsmitteln und wenn das nicht reicht, aus Steuergeldern.

Kein Wunder also, dass der Rückbau schnell und kostengünstig geschehen soll.

Ein besonderes Kostensparmodell ist dabei die so genannte „Freigabe“. Über 90 % des Bauschuttes sollen auf normalen Bauschuttdeponien oder gar in den Recyclingkreislauf entsorgt werden. Unter der BAB 6 bei Karlsruhe ruht jetzt beispielsweise ein Teil des AKW Obrigheim. Dabei ist der Schutt nicht unbedenklich. Zumindest ein Teil ist „leicht“ strahlend. Die dafür zugrunde gelegten Grenzwerte sind höchst umstritten. So hat sich zum Beispiel die Landesärztekammer Baden-Württemberg gegen die aktuelle Freigabep Praxis ausgesprochen.

Wir fordern: Wirtschaftlichkeit darf beim Rückbau keine Rolle spielen! Strahlenschutz und Sicherheit müssen Vorrang haben! Keine unkontrollierte Verteilung von Atom Müll auf Deponien und im Straßenbau!

Atom Müll – und keine Lösung in Sicht!

Seit Beginn der Atomindustrie bleibt die Entsorgungsfrage unbeantwortet, eine kurzfristige Scheinlösung folgt auf die andere. Der Startpunkt für die Inbetriebnahme des Lagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle „Schacht Konrad“ wurde gerade erst wieder um weitere fünf Jahre auf 2027 verschoben. Gravierende Zweifel an der generellen Eignung des Schachtes bleiben bestehen. Die neugestartete Suche für ein Lager für hochradioaktiven Atom Müll ist schon in den ersten Schritten ins Stocken geraten. Schon jetzt wird in Zweifel gestellt, ob der ursprüngliche Plan, bis 2050 einen Lagerstandort präsentieren zu können, gehalten werden kann. Fakt ist: Auch nach dem Rückbau des AKW Krümmel wird der Atom Müll noch über Jahrzehnte in Geesthacht bleiben. Das muss schon vor dem Rückbau berücksichtigt werden. Aktuell ist die CASTOR-Halle aber nur für eine Lagerung bis 2041 ausgelegt und mit dem Rückbau des AKW fällt sogar die Möglichkeit zur Reparatur eines defekten Behälters am Standort weg. Und auch das Lagerkonzept für die „KONRAD Container“ geht von einem zügigen Abtransport aus. Was, wenn es wieder wie in Brunsbüttel läuft (gleichen Betreiber) und die Fässer durchrosten?

Wir fordern: Keine Baumaßnahmen, bevor nicht gesichert ist, wie und wo der Atom Müll nach dem Rückbau gelagert wird!

Lüneburger Aktionsbündnis gegen Atom Katzenstraße 4, 21335 Lüneburg
www.lagatom.de